

Eingangsdatum Stadt

Linden 14.04.2026

FA/0003/26-31



Linden, 14.4.2026

An den  
Bürgermeister der Stadt Linden  
Herrn Fabian Wedemann

Per Mail

#### **ÄNDERUNGSANTRAG zum FA 001-26-31**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bitte nehmen Sie den folgenden Änderungsantrag auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung. Da wir erst gegen 16.00Uhr die Information über die in der Begründung genannten rechtlichen Grundlagen erhielten, war eine frühere Übermittlung nicht möglich.

Die Stadtverordnetenversammlung möge – in Abweichung zum genannten Fraktionsantrag – beschließen (Änderung **fett** gedruckt!)

§2 wird wie folgt gefasst:

(1) Bildung von Ausschüssen:

1. Haupt- und Finanzausschuss (HFA)
2. Stadtentwicklung und Umweltausschuss (SUA)
3. **Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur (JSSK)**

(2) **Die Ausschüsse haben 11 Mitglieder.**

Begründung:

1. Angesichts der politischen Bedeutung der Thematik, für die der JSSK zu ständig ist, wäre eine Abschaffung des Ausschusses zum gegenwärtigen Zeitpunkt kontraproduktiv. Beiräte haben Antragsrecht – und müssten nach unserer Geschäftsordnung diese in die Ausschüsse einbringen, bevor sie der STAVO zur Beschlussfassung weitergeleitet werden können. Mit dem Wegfall des JSSK ist damit der logische und naheliegende Ort der Befassung gerade nicht mehr gegeben.
2. Angesichts der Zunahme der Fraktionen im Parlament ist stattdessen die Vergrößerung der Ausschüsse auf 11 Mitglieder sinnvoll und zielführend, weil bei einer weiteren Vergrößerung der Ausschüsse die Arbeitsfähigkeit eher gemindert als verbessert wird.
3. Die vom Gesetzgeber geforderte spiegelbildliche Abbildung der Mehrheiten im Parlament erfordert eine Vergrößerung der Ausschüsse. Diese wäre auch bei 11 Mitgliedern gewährleistet, da es unter den gegenwärtigen Umständen wie vom Gesetzgeber gefordert ggf. bei Stimmgleichheit ein Losverfahren gäbe und zusätzlich auch diejenigen Parteien und Wählergruppen, die auf Grund ihrer Wahlergebnisse nicht in die Ausschüsse entsendet wurden, dennoch lt. Geschäftsordnung Rederecht in den Ausschüssen haben und ihren Mitwirkungsrechten in den Beratungen Rechnung getragen wäre.
4. Im Übrigen ist als pragmatischer Grund anzuführen, dass die Tagesordnungen in beiden Ausschüssen (HFA und bisher BPU) teilweise bis an die Grenzen der zeitlichen Belastungen in den Sitzungen geführt hat. Weitere Themen dort zusätzlich zu platzieren würde diese Problematik nur noch steigern.

Ich bitte entsprechend beschließen zu wollen.



Dr. Christof Schütz  
Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/DIE GRÜNEN